



Wirtschaftsbeirat Bayern

# Leitlinien zur Mittelstandspolitik

Eine Initiative des  
Mittelstandsausschusses



## Inhalt

1. Planungs- und Rechtssicherheit wiederherstellen
2. Mittelstand steuerlich entlasten
3. Bürokratie abbauen
4. Privatisierungspotentiale ausschöpfen
5. Regionale Strukturpolitik auf den Mittelstand ausrichten
6. Mittelstandsfinanzierung verbessern
7. Arbeitsmarkt reformieren
8. Soziale Sicherungssysteme stabilisieren
9. Bildung und Ausbildung intensivieren
10. Zukunft des Mittelstandes in Europa sichern

# Planungs- und Rechtssicherheit wiederherstellen

## Probleme

- Gesetzesänderungen und neue Vorschriften sind nicht mehr überschaubar
- Ökonomische Folgen neuer Gesetze sind immer weniger einschätzbar
- Wirtschafts- und Finanzpolitik werden immer widersprüchlicher
- Die Wirtschaft ist einer verschärfter Überwachung ausgesetzt
- Rückwirkende Gesetze schaffen Unsicherheit bei Investitionen

## Ziele

- Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen
- Verzicht auf jegliche Rückwirkung von Gesetzen
- Ordnungspolitik im Sinne der Sozialer Marktwirtschaft

## Reformen & Initiativen

- Jahresänderungsgesetze (keine rückwirkenden Gesetzesänderungen)
- Mittelstandspolitische Begründung von Gesetzesvorhaben
- Gesetzesfolgenabschätzung
- Veröffentlichung aller Rechtsänderungen in verständlicher Form
- Wiedereinführung des Bankgeheimnisses

## Mittelstand steuerlich entlasten

### Probleme

- Hohe Steuern und Abgabelasten führen zu Wettbewerbsnachteilen auf internationalen Märkten
- Rückwirkende Steuergesetze und ein veraltetes Steuersystem führen zu Vertrauensverlusten bei ausländischen Investoren
- Bestehende Regelungen bei Erbschafts- und Schenkungssteuer gefährden die Unternehmensfortführung

### Ziele

- Planungssicherheit und Vertrauensschutz im Steuerrecht.
- Rechtsformneutrale Besteuerung
- Steuerentlastungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Eigenkapitalsituation und Unternehmenskontinuität im Mittelstand

### Reformen & Initiativen

- Umfassendes Rückwirkungsverbot
- Familienfreundliche Ausgestaltung des Steuerrechts
- Steuerliche Begünstigungen des Eigenkapitalaufbaus
- Abschaffung jeglicher Substanzbesteuerung, insbesondere der Schenkungs- und Erbschaftssteuer
- Keine EU-Steuerharmonisierung zu Lasten der Steuerzahler

### Probleme

- Bürokratische Eingriffe in Wirtschaftsabläufe führen zu hohen Kosten, u. a. 4.400 € je Arbeitsplatz (Staatsquote = 48 %)
- Falsche Verfahren und Fehlentscheidungen der öffentlichen Hand führen oftmals zu Insolvenzen oder Verlusten von Arbeitsplätzen im Mittelstand
- Intransparente Verwaltungsstrukturen behindern schnelle und flexible Unternehmensentscheidungen.

### Ziele

- Individualverantwortung für verursachte Kosten und Fehlleistungen der öffentlichen Hand.
- Einführung Gesetzes- und Regelfolgenabschätzung für staatliche Verfahren
- Ergebnis- und Serviceorientierung der öffentlichen Hand

### Reformen & Initiativen

- Gesetze und Verordnungen sowie der Ablauf von Verwaltungsvorgängen müssen ständig überprüft werden (Prozessoptimierung, Kundenorientierung)
- Maximale Zeitvorgaben für Genehmigungsverfahren
- Der Beamtenstatus ist auf hoheitliche Prozesse zu begrenzen
- Bei Amtsmissbrauch ist das Klagerecht zu vereinfachen und eine Umkehr der Beweislast einzuführen.

## Privatisierungspotentiale ausschöpfen

### Probleme

- Kommunen treten immer häufiger als Konkurrenten der Privatwirtschaft auf
- Ausdehnung kommunaler Geschäftsfelder führen zu einer starken Bedrängnis des Mittelstandes und dort zu Arbeitsplatzverlusten
- Scheinprivatisierung öffentlicher Betriebe (ungleiche Wettbewerbsbedingungen)

### Ziele

- Reduzierung staatlicher Betriebe und Verfahren auf notwendige Mindestmaße
- Schaffung eines privaten Dienstleistungsmarktes für öffentliche Aufgaben
- „Make-or-Buy-Entscheidungen“ der öffentlichen Hand mit Begründungen

### Reformen & Initiativen

- Überprüfung aller Dienstleistungen der öffentlichen Hand hinsichtlich möglicher Privatisierungspotentiale
- Verlagerung aller privatisierbaren Dienstleistungen in die Privatwirtschaft.
- Eigenständiges Wirtschaften kommunaler Betriebe (keine Subventionierung)

## Regionale Strukturpolitik auf den Mittelstand ausrichten

### Probleme

- Globalisierung und EU-Erweiterung verschärfen Anpassungsdruck auf mittelständische Unternehmen
- Finanzierungs- und Know-How-Probleme erschweren die rasche Umsetzung von Anpassungsstrategien zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit
- Erschließung neuer Absatzmärkte und die Nutzung von Kostenvorteilen bei Produktion im Ausland ist oftmals schwierig, u. a. Know-How-Probleme

### Ziele

- Ausrichtung der Regional- und Strukturpolitik auf nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Betriebe
- Hilfestellung für mittelständische Unternehmen, u. a. verstärkte regionale Innovationstätigkeit, Impulse für Existenzgründungen

### Reformen & Initiativen

- Regionalpolitische Instrumente sind für eine Bestandspflege der mittelständischen Unternehmen intensiver zu nutzen
- Investitionen in regionale wirtschaftsnahe Infrastruktur steigern
- Den Mittelstand stärker in regionale Projekte einbinden
- Informationen über jeweils aktuelle Fördermöglichkeiten für mittelständische Unternehmen verbessern.

## Mittelstandsfinanzierung verbessern

### Probleme

- Geringe Eigenkapitalbildung mittelständischer Unternehmen (Schlusslicht Deutschland)
- Hohe Anzahl von Insolvenzen und angespannte Ertragssituationen führen zu restriktiven Kreditvergaben der Banken
- Finanzierungslücken führen u. a. zu ungenutzten Marktchancen, fehlenden Produktinnovationen insbesondere bei wachstumsstarken Unternehmen

### Ziele

- Abhängigkeit von klassischen Finanzierungsinstrumenten reduzieren
- Möglichkeiten alternativer Instrumente oder Innenfinanzierung ausschöpfen
- Schaffung einer speziellen Mittelstandsfinanzierungskultur
- Kreditgeber bei Unternehmensinsolvenzen mit zur Verantwortung ziehen

### Reformen & Initiativen

- Nachhaltige Stärkung der Eigenkapitalbildung durch steuerliche begünstigte Gewinnthesaurierung und Abschreibung
- Reduzierung der BaFin-Vorschriften für Kredite bis 1 Mio. €
- Bankenübergreifende Ratingstandards
- Verstärkte Berücksichtigung alternativer Finanzierungselemente, wie u. a. Mezzanine Kapital, Asset Backed Securitisation - ABS, Private Equity

## Arbeitsmarkt reformieren

### Probleme

- Bedarfsangepasste Personalpolitik wird durch das deutsche Arbeitsrecht massiv behindert
- Das Betriebsverfassungsgesetz führt zur Lähmung mittelständischer Betriebe, z. B. Betriebsrat bei mehr als 5 Mitarbeitern
- Flächentarifverträge führen zu starken Belastungen des Mittelstandes, da sie nicht an die betrieblichen Situationen anpassbar sind.

### Ziele

- Reformierung des Befristungs- und Kündigungsrechtes
- Anpassung des Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsrechtes an europäische Bedingungen
- Schaffung von Arbeitsverhältnissen, die individuell abgestimmt und frei vereinbar sind.

### Reformen & Initiativen

- Kündigungsschutzgesetz bei Betrieben bei mehr als 20 Mitarbeitern
- Befristete Arbeitsverhältnisse auch über 2 Jahre
- Bündnisse für Beschäftigung sind auf betrieblicher Ebene zuzulassen
- Mitbestimmung sind auf beschäftigungsrelevante Bereiche zu beschränken

## Soziale Sicherungssysteme stabilisieren

### Probleme

- Personalkosten sind im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähig, wegen der extremen Belastungen der Einkommen mit Steuern und Abgaben
- Zu hohe Lohnzusatzkosten vernichten Arbeitsplätze und führen zu einer starken Belastung der sozialen Sicherungssysteme
- Die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand wird durch die Finanzierung der Arbeitslosigkeit stark eingeschränkt

### Ziele

- Abbau der „Vollkasko mentalität“ und Heranziehung der Leistungsempfänger zur Mitfinanzierung
- Wettbewerb der sozialen Sicherungssysteme
- Übernahme von Eigenverantwortung der Steuerzahler bei gleichzeitiger Steuer- und Abgabentlastung

### Reformen & Initiativen

- Stärkere Eigenverantwortung, z. B. private Zusatzversicherung
- Absenkung der Beitragssätze
- Abbau versicherungsfremder Leistungen
- Kapitalgedeckte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme

## Bildung und Ausbildung intensivieren

### Probleme

- Das Bildungssystem ist nicht auf die aktuellen Anforderungen der Gesellschaft abgestimmt, z. B. beide Elternteile berufstätig, Schüler ohne Deutschkenntnisse
- Ausbildungsordnungen verändern sich nicht mit den Anforderungen der Berufswelt und sind i. d. R. veraltet
- Ausbildungsplätze können vielfach nicht besetzt werden, da Schulabgänger oftmals nicht ausbildungsfähig sind

### Ziele

- Das Bildungssystem ist an den Mittelstand anzupassen und international auszurichten
- Allen Lernenden muss unternehmerisches Denken nahe gebracht werden
- Besondere Förderung von sehr guten Schülern und Studenten (Elitegedanke)

### Reformen & Initiativen

- Schulsysteme müssen auf das spätere konkurrierende Miteinander einer leistungsorientierten Gesellschaft vorbereiten
- Fremdsprachen und länderübergreifendes Denken sind in Berufsausbildungen und Studiengängen zu integrieren
- Betriebe mit Lehrkompetenz müssen Ausbildungsabschlüsse vergeben können
- In allen Schlüsseldisziplinen sind Lernende mit besonderen Talenten zu erkennen und frühzeitig zu fördern (Leistungsgedanke)

## Zukunft des Mittelstandes in Europa sichern

### Probleme

- Das Ziel Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen wird nicht erreicht (Lissabon Strategie Jahr 2000)
- Wegen der Vielzahl von ungelösten Fragen, u. a. Kompetenzabgrenzung, Dienstleistungsfreiheit usw. wird ein weiteres Zusammenwachsen der europäischen Staaten erschwert

### Ziele

- Ausrichtung EU-Politik am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft
- Schaffung von Rahmenbedingungen für einen fairen Leistungswettbewerb
- Stärkere Integration mittelstandspolitischer Ziele in die europäische Politik

### Reformen & Initiativen

- Schaffung eines europäischen Mittelstandsbeauftragten
- Abbau bestehender Tätigkeitsbarrieren im europäischen Binnenmarkt, z. B. im Handwerk
- Sicherung eines fairen Leistungswettbewerbes für den Mittelstand durch europäische Kartell- und Wettbewerbspolitik
- Konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzipes, z. B. in Regionalpolitik



# Impressum

## Herausgeber

Andreas Müller-Armack, Generalsekretär des Wirtschaftsbereirates der Union e. V.,  
Odeonsplatz 14, 80539 München, [www.wbu.de](http://www.wbu.de)

## Redaktion

- Verantwortlicher: Prof. Dr. Hartmut Mohr
- Redaktion: Joachim Graf von Arnim, Karl Gstaltmeyr, Michael Jäger, Dr. Sabine Loritz, Dr.-Ing. Thomas Maier, Prof. Dr. Hartmut Mohr, Andreas Müller-Armack, Dr. Isolde Schäfer, Guido Schmidt, Thorsten Sponholz, Werner J. Stamm

## Gestaltung

- Prof. Dr. Hartmut Mohr
- Dr.-Ing. Thomas Maier

## Stand

März 2007